

Hermann Wentker

## Der Widerstand gegen Hitler und der Krieg

Oder: Was bleibt vom „Aufstand des Gewissens“?

Prof. Dr. Klaus Hildebrand zum 18. 11. 2001

Die Auffassung, dass es sich beim Widerstand gegen Hitler allein um einen „Aufstand des Gewissens“ gehandelt habe, ist inzwischen von der Forschung gründlich revidiert worden. Erstens dadurch, dass der Widerstandsbegriff selbst eine starke Erweiterung erfahren hat. Er umfasst heute weitaus mehr als nur die zielgerichteten Aktionen und Überlegungen, die auf einen Umsturz setzten oder diesen zumindest voraussetzten. Der Widerstandsbegriff wird nicht mehr rein intentional, sondern – im Sinne von Martin Broszats Resistenzbegriff – unabhängig von den zugrundeliegenden Motiven als „wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruches“<sup>1</sup> aufgefasst und verweist daher auf eine Vielzahl von Aktivitäten und Verhaltensweisen, die zwar die totale Durchdringung der Gesellschaft behinderten, nicht aber notwendigerweise den Sturz des Diktators im Auge hatten. Dies bedeutete, zweitens, dass die Träger des Widerstands nicht mehr ausschließlich bei den alten Eliten gesucht wurden, die auch im Zentrum des nationalsozialistischen Staatsapparats standen. In zunehmendem Maße wurde seit den sechziger Jahren der Widerstand in seiner ganzen gesellschaftlichen und politischen Breite – vom Arbeiter bis zum Adligen, von „linksaußen“ bis „rechtsaußen“ – sowie auch auf regionaler und lokaler Ebene erforscht. Schließlich ist, drittens, festgestellt worden, dass die vornehmlich aus nationalkonservativen Kreisen stammenden Verschwörer keineswegs von Anfang an den Nationalsozialismus aus ethischen Motiven ablehnten, sondern die Machtergreifung zunächst begrüßten, auf den ersten Blick parallele außenpolitische Ziele verfolgt und innenpolitisch einen autoritären Staat angestrebt haben<sup>2</sup>; zu Recht hat Klaus Hildebrand in diesem Zusammenhang auf die „Dialektik von Mitmachen und Widerstehen, von Zusammenarbeit und Verweigerung, von Loyalität und Opposition“<sup>3</sup> hingewiesen.

---

1 Martin Broszat/Elke Fröhlich: *Alltag und Widerstand. Bayern im Nationalsozialismus*. München/Zürich 1987, S. 49. Vgl. dazu auch die Kritik Ian Kershaws, der zu Recht moniert hat, dass durch resistentes Verhalten zwar die totale Durchdringung der Gesellschaft, nicht aber das Regime im Kern beeinträchtigt worden sei: ders.: „Widerstand ohne Volk“? Dissens und Widerstand im Dritten Reich. In: Jürgen Schmädke/Peter Steinbach (Hrsg.): *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft gegen Hitler*. München/Zürich 1985, S. 779–798.

2 Vgl. Hermann Graml: Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: ders. (Hrsg.): *Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten*. Frankfurt/M. 1984, S. 92–139; Hans Mommsen: *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes*, ebenda, S. 14–91; Klaus Hildebrand: Die ostpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 29, 1978, S. 213–241.

3 Klaus Hildebrand: Das Vermächtnis des anderen Deutschland. Diktatur und Widerstand – zur Gegenwärtigkeit des Vergangenen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22.7.1989.

Was bleibt also vom „Aufstand des Gewissens“? Wie ist es nach all diesen Forschungen um die ethische Komponente des Handelns derjenigen bestellt, die Hitler beseitigen wollten? Ein Ansatzpunkt zur Beantwortung dieser Frage ergibt sich bei einer eingehenden, systematischen Untersuchung der Rolle, die der Krieg im Denken und Handeln der konservativen Widerstandskämpfer eingenommen hat. Das Thema „Widerstand und Krieg“ hat in diesem Zusammenhang folgende zwei Dimensionen, die näher betrachtet werden sollen:

Erstens geht es um die Rolle, die Krieg im Allgemeinen und die Kriegspolitik des nationalsozialistischen Deutschland im Besonderen im Denken und Handeln der Verschwörer eingenommen hat. Es wird daher einmal abstrakt danach gefragt, ob Krieg nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs für sie noch ein ethisch vertretbares Mittel der Politik war; ganz konkret geht es dann um die Haltung dieser Widerstandskämpfer zur Entfesselung des Zweiten Weltkriegs in den Jahren 1938 und 1939. Vor dem Hintergrund von Hannah Arendts Verdikt von 1963, dass sich die Opposition der Verschwörer gegen Hitler „erst an der Kriegsfrage entzündet“ habe, da diese ausschließlich „im Sinne nationalpolitischer Erwägungen“ gehandelt hätten<sup>4</sup>, wird dabei des weiteren der Zusammenhang von Kriegsverhinderung und Kriegsbeendigung auf der einen und den Umsturzplanungen auf der anderen Seite analysiert.

Im zweiten Teil steht die Haltung der nationalkonservativen Oppositionellen zum rassenideologischen Vernichtungskrieg gegen Polen und die Sowjetunion im Mittelpunkt. Sowohl in der antipolnischen Ausrichtung traditioneller deutscher Großmachtinteressen als auch in dem gemeinsamen „antibolschewistischen Affekt“ überschneiden sich deren Gedankenwelt mit der der nationalsozialistischen Führung. Erst vor diesem Hintergrund kann die jüngst behauptete aktive Beteiligung einiger Verschwörer an den Greueln des „Vernichtungskrieges“<sup>5</sup>, aber auch deren Aufbegehren dagegen kompetent erörtert werden.

## 1. Krieg im Denken und Handeln der Verschwörer gegen Hitler

Die konservativen Verschwörer, die sich vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zusammenfanden, also im wesentlichen die Gruppierung um Generalstabschef Ludwig Beck, den ehemaligen Botschafter Ulrich von Hassell und den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler, waren keine Pazifisten, die in gesinnungsethischem Rigorismus einen Krieg prinzipiell ablehnten. So konnte sich Beck theoretisch einen neuen „Reichsgründungskrieg“ in Mitteleuropa durchaus vorstellen.<sup>6</sup> Auch der den Verschwörern nahestehende Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst Freiherr von Weizsäcker, betrachtete Krieg als adäquates, wenngleich nur in den seltensten Fällen probates Mittel der Politik.<sup>7</sup>

<sup>4</sup> *Hannah Arendt*: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht über die Banalität des Bösen. München/Zürich 5. Aufl. 1986, S.133, 135.

<sup>5</sup> Siehe *Christian Gerlach*: Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion. In: *Hannes Heer/Klaus Naumann* (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944. Hamburg 1995, S. 427–446; *ders.*: Hitlergegner bei der Heeresgruppe Mitte und die „verbrecherischen Befehle“. In: *Gerd R. Ueberschär* (Hrsg.): NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, Darmstadt 2000, S. 62–76; *ders.*: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941–1944. Hamburg 1999, S. 1104–1126.

<sup>6</sup> Vgl. *Klaus-Jürgen Müller*: General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938. Boppard 1980, S.149.

<sup>7</sup> Vgl. *Rainer A. Blasius*: Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Staatssekretär Ernst Frhr. von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39. Köln/Wien 1981, S. 20f.

Die Hegemonialpolitik eines machtvollen deutschen Nationalstaats, den sie alle anstrebten, schloss – trotz der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs – „den Waffengang als das letzte, durchaus legitime Mittel der Konfliktaustragung“ nicht aus.<sup>8</sup> Aus der Orientierung am deutschen Nationalstaat ergab sich ihre feste Absicht, die territorialen Ergebnisse des Versailler Vertrags insbesondere an der deutschen Ostgrenze zu revidieren sowie Österreich und das Sudetenland an das Reich anzuschließen. Um die gefährdete Stellung des Reichs in der Mitte Europas aufrechtzuerhalten, musste dieses darüber hinaus nicht nur Großmacht, sondern durch Übernahme einer politischen und wirtschaftlichen Führungsrolle in Ostmittel- und Südosteuropa Vormacht auf dem Kontinent werden. Freilich: Mit kriegerischen Mitteln war dieses Ziel unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Ordnung für sie nicht erreichbar. Ein Krieg drohte unter den damaligen Bedingungen das zu zerstören, was die Verschwörer anstrebten: eine nach außen starke deutsche Großmacht, im Inneren getragen von der traditionellen preußisch-deutschen Führungsschicht. Es waren somit ihr Denken in den traditionellen nationalstaatlichen Kategorien sowie die Erfahrung des Ersten Weltkriegs und der sich anschließenden Novemberrevolution, die die sich zusammenfindenden Verschwörer dazu bewogen, einerseits Krieg als Mittel der Politik nicht grundsätzlich zu verwerfen, ihn in der gegebenen Situation der Jahre 1938/39 aber abzulehnen.

Wenn daher während der Sudetenkrise im Sommer und Herbst 1938, in der Hitler auf einen Krieg zusteuerte, Beck, von Hassell, Goerdeler und andere einen Staatsstreich ins Auge fassten, wollten sie damit das ihnen vor Augen stehende „*finis Germaniae*“ verhindern. Immer wieder kritisierten sie die Kriegspolitik Hitlers als verantwortungslosen Leichtsinns und zeigten damit, dass Machtpolitik in ihrem Sinne durchaus auch eine moralische Dimension besaß.<sup>9</sup> Sie waren jedoch nicht bereit, den Frieden um jeden Preis zu erhalten. Auf keinen Fall wollten sie als neue „Novemberverbrecher“ dastehen, die Hitler auf dem Höhepunkt seines Erfolges stürzten und sich damit vor den Augen der deutschen Öffentlichkeit diskreditierten. Daher versuchten sie, auf vielfältige Weise mit der britischen Regierung Verbindung aufzunehmen. Wiederholt forderten sie das Kabinett in Whitehall dazu auf, in öffentlichen Warnungen seine Entschlossenheit zu bekunden, militärisch in einen Konflikt einzugreifen und bei einem Angriff Hitlers auf die Tschechoslowakei Deutschland den Krieg zu erklären. In diesem Augenblick wollten sie den Diktator stürzen und sich dem Volk als Retter aus der Gefahr präsentieren. Um keine neue „Dolchstoßlegende“ aufkommen zu lassen, hätte Großbritannien dann dem „anderen Deutschland“ in seinem Verlangen nach einer Revision des Versailler Vertrags entgegenkommen müssen.<sup>10</sup> Friedenserhaltung und Staatsstreich setzten folglich für die Verschwörer die Inkaufnahme eines Kriegsrisikos sowie ein konzessionsberechtigtes Großbritannien voraus. Die britische Regierung wollte einen solchen

<sup>8</sup> Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945. Stuttgart 1995, S. 823.

<sup>9</sup> Vgl. Klaus-Jürgen Müller: Über den „militärischen Widerstand“. In: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994, S. 275.

<sup>10</sup> Vgl. u.a. die Überlegungen Goerdelers vom 6.8.1938. In: Arthur P. Young: Die X-Dokumente. Die geheimen Kontakte Carl Goerdelers mit der britischen Regierung 1938/39, hrsg. von Sidney Aster. München/Zürich 1989, S. 51–53; Osters Erklärung gegenüber Erich Kordt in: Erich Kordt: Nicht aus den Akten. Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg. Erlebnisse, Begegnungen, Eindrücke. Stuttgart 1950, S. 248; Peter Hoffmann: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. München/Zürich 4. Aufl. 1985, S. 112.

Kurs nicht einschlagen, sondern zog Friedenssicherung mit Hitler vor. Da die Verschwörer aber die Ausführung der Umsturzplanungen von Faktoren abhängig gemacht hatten, die sie nicht beeinflussen konnten, fand der Staatsstreich nicht statt. Das Münchener Abkommen war die erste entscheidende Niederlage des Widerstands gegen Hitler.

Die Situation vor dem Angriff auf Polen im September 1939 wies eine Reihe von Parallelen zur Sudetenkrise auf: Ulrich von Hassell bezeichnete den Kriegskurs Hitlers als ein „unverantwortliches Risiko“, der in den Weltkrieg und damit in „die furchtbarste Katastrophe“ führen werde.<sup>11</sup> Auch Erich Kordt ging davon aus, dass ein Krieg nicht nur das Ende Hitlers, sondern auch „die Vernichtung Deutschlands und vielleicht ganz Europas“ bedeute.<sup>12</sup> Admiral Wilhelm Canaris schloss sich an und vermisste bei der Kriegsabsicht des Diktators „jede sittliche Grundlage“.<sup>13</sup> Jedoch hatte sich nach dem Münchner Abkommen unter den Verschwörern Resignation breit gemacht, Generalstabschef Halder stellte sich nicht mehr für einen Staatsstreich zur Verfügung und Hitler schuf technisch-personelle Rahmenbedingungen, die einem Umsturzversuch entgegenstanden. Kurzum: Der Widerwille der nationalkonservativen Opposition gegen den Krieg ließ sich diesmal nicht in aktiven Widerstand gegen den Diktator umwandeln. Dies hing auch mit der Popularität der antipolnischen Revisionsabsichten bei den traditionellen deutschen Führungsschichten zusammen.

Nachdem die deutschen Truppen in Kooperation mit der Sowjetunion Polen binnen fünf Wochen niedergeworfen hatten, stieß die Absicht Hitlers, nun auch gegen die Westmächte offensiv vorzugehen, auf schwere militärfachliche Bedenken in der Generalität. Am meisten beunruhigte die Militärs die Aussicht eines lang andauernden Stellungskrieges gegen Frankreich; hinzu kamen die befürchteten negativen politischen Folgen einer Neutralitätsverletzung Belgiens und der Niederlande. Die Konsequenz, nun erneut einen Umsturz zu wagen, zogen indes nur wenige. Deren Antriebskraft war auch diesmal das Verantwortungsbewusstsein gegenüber einer Politik, die in ihren Augen Deutschlands Untergang herbeiführen musste.<sup>14</sup> Der Kriegszustand erschwerte jedoch den konservativen Oppositionellen den Entschluss zum Staatsstreich erheblich, bestand doch die Gefahr, dass die Westmächte die im Gefolge eines Umsturzes entstehenden Unruhen militärisch ausnützen und Deutschland eine Niederlage beibringen würden. Als deutsche Patrioten wollten die Verschwörer ihr Vaterland von dem Diktator befreien, aber keine Niederlage in Kauf nehmen, die eventuell ein zweites „Versailles“ nach sich gezogen hätte. Hinzu kam, dass sie an den von Hitler errungenen Revisionen der deutschen Ostgrenze festhalten und die deutsche Vormachtstellung in Ostmitteleuropa weiter ausbauen wollten: Der maßgebende deutsche Einfluss in einer „Rest-Tschechei und einem Rest-Polen“ wurde dabei auch als „Äquivalent [...] für die Opfer und Lorbeeren des polnischen Feldzuges“ betrachtet.<sup>15</sup> Das sich daraus ergebende Dilemma umschrieb von Hassell mit folgenden prägnanten Worten: „Der Zustand, in dem sich mitten in einem großen Kriege Deutschlands die Mehrzahl der politisch denkenden, einigermaßen unterrichteten

<sup>11</sup> So *Ulrich von Hassell*: Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland. Hrsg. von *Friedrich Frbr. Hiller von Gaertringen*. Berlin 1988, 17./18.8.1939, S. 108, 110.

<sup>12</sup> *Kordt*: Akten (Anm. 10), S. 292.

<sup>13</sup> *Helmuth Groscurth*: Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler. Hrsg. von *Helmut Krausnick* und *Harold C. Deutsch*. Stuttgart 1970, 24.8.1939, S.179.

<sup>14</sup> Vgl. *Klaus-Jürgen Müller*: Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940. Stuttgart 1969, S. 478.

<sup>15</sup> Denkschrift von Hasso von Etdorf und Erich Kordt, Oktober 1939. In: *Groscurth*: Tagebücher (Anm.13), S. 502.

Leute befindet, die ihr Vaterland lieben und leidenschaftlich national und sozial denken, ist geradezu tragisch. Sie können einen großen Sieg nicht wünschen und noch weniger eine schwere Niederlage, sie müssen einen langen Krieg fürchten, und sie sehen keinen wirklich realen Ausweg.“<sup>16</sup> Damals suchten sie trotz allem noch einen solchen Ausweg: Von der britischen Regierung erstrebten sie im Fall eines Umsturzes eine „Stillhaltezusage“ sowie die Garantie einer deutschen Ostgrenze, die Österreich, das Sudetenland und die ehemals deutschen Gebiete im westlichen Polen umfasste.<sup>17</sup> Der Umsturzversuch unterblieb – vor allem weil Hitler, der sich nicht bereit erklärte, von einem Angriff im Westen abzusehen, am 5. November 1939 damit drohte, „er kenne den Geist von Zossen [dort war das Oberkommando des Heeres untergebracht] und werde ihn vernichten“.<sup>18</sup> Oberbefehlshaber Walther von Brauchitsch gab daraufhin klein bei. Weil auch Halder nun von allen Umsturzvorbereitungen absah, versuchten die Verschwörer, ihn durch britische territoriale Zusicherungen erneut zur Kooperation bei einem Staatsstreich zu bewegen. Dieses Kalkül ging nicht auf, da keine entsprechenden Zusagen aus Großbritannien eintrafen: In einem noch stärkeren Ausmaß als 1938 machten die Verschwörer 1939/40 aufgrund ihrer nationalstaatlichen Prioritätensetzung ihr Handeln von nicht gegebenen Voraussetzungen abhängig.

Der überraschend schnelle Sieg im Westen versöhnte die nationalkonservative Opposition zumindest teilweise wieder mit der nationalsozialistischen Führung: Die Schmach von Compiègne vom November 1918 war getilgt! Euphorisch reagierte Fritz Dietlof von der Schulenburg, der im Sommer 1940 „mit dem Staat Hitlers eine Art Waffenstillstand“ schloss<sup>19</sup>, später aber als Vermittler der verschiedensten Widerstandsgruppierungen in das Zentrum der Verschwörung rückte. Zwiespältiger kommentierte von Hassell das Ereignis: „Niemand wird die Größe des von Hitler Erreichten bestreiten. Aber das ändert nichts am inneren Charakter seiner Erscheinung und seiner Taten und an den grauenhaften Gefahren, denen nun alle höheren Werte ausgesetzt sind. [...] Man könnte verzweifeln unter der Last der Tragik, sich an den größten nationalen Erfolgen nicht wahrhaft freuen zu können.“<sup>20</sup> In dieser Situation jedenfalls war an einen erfolgreichen Umsturz nicht mehr zu denken.

Erst nach den Rückschlägen im Russlandfeldzug, aber noch vor der Katastrophe von Stalingrad ging von Henning von Tresckow und Claus Graf Schenk von Stauffenberg ein neuer Impuls zur Beseitigung Hitlers durch ein Attentat aus. Im Mittelpunkt ihrer Überlegungen standen die Erhaltung der Armee und die Abwendung einer verheerenden Niederlage. Letzteres bedeutete, dass trotz Verkündung der Atlantik-Charta und der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation die Verschwörer nicht aufhörten, ihre Fühler nach Großbritannien und zu den USA auszustrecken, um Zusagen zu erhalten, die ihnen einen „annehmbaren“ Frieden in Aussicht stellten.<sup>21</sup> Erst im Juni 1944, nachdem Briten und Amerikaner in der Normandie gelandet waren, setzte sich bei von Tresckow und von Stauffenberg offenbar die

<sup>16</sup> Hassell-Tagebücher (Anm. 11), 22.10.1939, S. 131.

<sup>17</sup> Zu den Territorialvorstellungen u. a. siehe u. a. Etzdorf-Kordt-Denkschrift, Oktober 1939. In: *Groscurth*: Tagebücher (Anm.13), S. 502; Statement von Hassells gegenüber Lonsdale Bryans, 23.2.1940. In: Hassell-Tagebücher (Anm.11), S. 172.

<sup>18</sup> Zitiert nach *Erich Kosthorst*: Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug. Bonn 1954, S. 96.

<sup>19</sup> *Ulrich Heinemann*: Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli. Berlin 1990, S. 68.

<sup>20</sup> Hassell-Tagebücher (Anm.11), 24.6.1940, S. 199.

<sup>21</sup> Der Begriff nach den Hassell-Tagebüchern (Anm.11), 2.8.1941, S. 262; 13.9.1942, S. 329.

Erkenntnis durch, dass ein Attentat nicht aus nationalen Nützlichkeitsabwägungen heraus, sondern allein aus ethisch-moralischen Gründen erfolgen musste. In einer für nach dem Umsturz geplanten Rundfunkansprache, deren Entwurf von Stauffenberg und seinem Umfeld stammte, hieß es: „Wir wissen noch nicht, wie sich das Ausland zu uns stellt. Wir haben handeln müssen aus der Verpflichtung des Gewissens heraus.“<sup>22</sup> Auch dies schloss freilich nicht aus, dass sie hofften, nach der erfolgreichen Beseitigung des Diktators sich mit den Westmächten auf Kosten der Sowjetunion arrangieren zu können.

Das Dilemma, in dem die konservativen Oppositionellen von 1938 bis 1944 gefangen waren, bestand darin, dass sie als deutsche Patrioten dachten und handelten: Im *deutschen* Interesse musste Hitler beseitigt, gleichzeitig aber die Großmachtstellung des Reichs erhalten, ja, wenn möglich sogar ausgebaut werden. Die territorialen Gewinne, die Hitler erzielte und die ihnen mit einer nationalstaatlichen Ordnung Europas vereinbar erschienen, durften nicht preisgegeben werden. Auch alle mit der Entfesselung, Ausweitung und Beendigung des Krieges zusammenhängenden Fragen beurteilten diese Widerstandskämpfer letztlich vor dem Hintergrund dessen, was sie im nationalen Sinne für verantwortbar hielten.

## 2. Der konservative Widerstand und der Krieg in Polen und der Sowjetunion

Im April 1939 hielt Generalstabschef Halder eine Ansprache vor führenden Offizieren der Wehrmacht, in der er folgende bezeichnende Worte im Hinblick auf den polnischen Nachbarstaat sprach: „Und hier glaube ich, vielen von Ihnen aus der Seele zu sprechen, wenn ich sage, dass uns mit dem Ende des ‚Freundschaftsverhältnisses‘ mit Polen (bei dem ja auf beiden Seiten nicht die Herzen engagiert waren) ein Stein vom Herzen gefallen ist. Polen ist sozusagen in die Reihen unserer Gegner getreten.“<sup>23</sup> Diese Stoßrichtung war in seinem Publikum weitaus eher konsensfähig als die antitschechische vom März desselben Jahres. Auch die konservativen Oppositionellen hegten aufgrund der deutschen Gebietsverluste gegenüber Polen nach 1918/19 antipolnische Ressentiments, lehnten aber unter den damaligen Bedingungen einen Krieg zur Korrektur der Ostgrenze ab. Dies ändert freilich nichts daran, dass sie angesichts der vergleichsweise populären antipolnischen Stoßrichtung keine Chance sahen, diesem Krieg durch einen Umsturz zuvorzukommen.

Vor dem Angriff auf die Sowjetunion stellte sich die Situation für sie ähnlich dar. Die Sowjetunion wurde von ihnen infolge des Hitler-Stalin-Paktes und des sowjetischen Einmarsches in Ostpolen teils aus machtpolitischen, teils aus ideologischen Gründen als äußerst gefährlich für den äußeren und inneren Bestand des Deutschen Reiches eingeschätzt. Nach

---

<sup>22</sup> Zitiert nach *Peter Hoffmann*: Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder. Stuttgart 1992, S. 371. Vgl. darüber hinaus die berühmte Äußerung von Tresckows, in: *Fabian von Schlabrendorff*: Offiziere gegen Hitler. Neue, durchgesehene und erweiterte Ausgabe von *Walter Bußmann*. Berlin 1984, S. 109, und, weniger bekannt, Hassell-Tagebücher (Anm.11), 13.11.1943, S. 405: „Mit ihm [Beck] (und Pfaff [Goerdeler] ebenso) war ich über die unerhört schwierige Hauptfrage, ob es nämlich nicht schon zu spät sei, so daß es richtiger wäre, die Katastrophe ablaufen zu lassen, einzig: Trotz allem ist es schon aus *sittlichen* Gründen für die deutsche Zukunft *erforderlich*, wenn auch nur irgendwelche Möglichkeit und Aussicht besteht, noch vorher den Versuch [eines Attentats] zu machen.“ (Hervorhebung im Original).

<sup>23</sup> Die Ansprache gedruckt in: *Christian Hartmann/Sergej Slutsch*: Franz Halder und die Kriegsvorbereitungen im Frühjahr 1939. Eine Ansprache des Generalstabschefs des Heeres. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25, 1997, hier S. 482f.

dem sowjetischen Vordringen nach Mitteleuropa sei Moskau, wie Beck feststellte, in die „Sphäre der machtpolitischen Auseinandersetzungen Europas“ zurückgekehrt und beeinträchtigte nun die „strategische Bewegungsfreiheit Deutschlands im Osten“.<sup>24</sup> Ähnliche Befürchtungen hegte der der Verschwörergruppe von 1938 angehörende Korvettenkapitän Franz Liedig. Russland, so Liedig, dränge nach dem Hitler-Stalin-Pakt „rücksichtslos und mit wachsender Eile auf den alten Wegen zu den alten Zielen, zu den Ozeanen und zu den eisfreien Häfen, vor“. Im Zuge dieser sowjetischen Expansion sah er Deutschland „zum russischen Vorposten in Europa“, ja, „zum Helotenvolk Rußlands herabsinken“.<sup>25</sup> Auch von Hassell beklagte, dass außenpolitisch durch das Zusammengehen mit der Sowjetunion die baltischen Länder preisgegeben und das deutsche „dominium maris baltici schwer gefährdet“ sei. Schwerer als die machtpolitische Konkurrenz in der für Deutschland reklamierten Einflussosphäre in Ostmitteleuropa wog für ihn freilich „die unbekümmerte Auslieferung eines großen wichtigen Teils des Abendlandes [...] an denselben Bolschewismus, den wir angeblich im fernen Spanien auf Leben und Tod bekämpft haben“.<sup>26</sup> Von Hassell, der, wie Goerdeler, Parallelen zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus sah<sup>27</sup>, befürchtete, dass im Zuge der machtpolitischen Annäherung auch im Inneren die „Bolschewisierung“ voranschreiten werde. Dabei waren „Bolschewismus“ und Nationalsozialismus für ihn wie für die anderen konservativen Oppositionellen eine Übersteigerung der seelen- und gottlosen Welt der Moderne, in der auch die überkommenen ethischen Maßstäbe nicht mehr galten. Für Fritz-Dietlof von der Schulenburg verkörperte der Bolschewismus den „Traum von der Allmacht der Technik“ und die „Vergötzung“ des Verstandes, mit dem Ergebnis, dass Natur und Familie zerstört und die Kirche zu weltlichen Zwecken missbraucht würden.<sup>28</sup> Erich Kordt und Hasso von Etzdorf beklagten im Oktober 1939 „den schädlichen Dualismus zwischen Partei und Staat“, der in Deutschland an die Stelle der einheitlichen Verwaltung gerückt sei, das Weltanschauungsgemisch, das an die Stelle der christlichen Religion getreten sei und „den sittlichen Bestand des Volkes ernsthaft gefährde“, sowie das Verschwinden des Rechtsstaats. „Noch nie“, so fassten sie ihre Beobachtungen zusammen, „war Deutschland dem Chaos und dem Bolschewismus näher als jetzt nach sechs Jahren Hitler-Regimes, das es in den letzten Wochen fertigbachte, 20 Millionen Menschen dem Bolschewismus zu überantworten.“<sup>29</sup> Es war gerade ihre konservative Grundauffassung von Staat und Gesellschaft, die diese Oppositionellen nicht nur in eine antibolschewistische, sondern auch in eine antitotalitäre Frontstellung brachte.

Ulrich von Hassells Antibolschewismus machte ihn freilich nicht blind gegenüber den Gefahren, die ein Krieg mit der Sowjetunion heraufbeschwor.<sup>30</sup> Diese Zwiespältigkeit –

24 Denkschrift Becks, „Zur Kriegslage nach Abschluß des polnischen Feldzuges“, Ende September 1939. In: *Groscurth*: Tagebücher (Anm. 13), S. 475.

25 Denkschrift Liedigs, „Die Bedeutung des russisch-finnischen Zusammenstoßes für die gegenwärtige Lage Deutschlands“, Dezember 1939, ebenda, S. 511f.

26 Hassell-Tagebücher (Anm. 11), 11.10.1939, S. 126 (dort auch das folgende Zitat). Vgl. auch den Eintrag vom 27.8.1939, S. 113. Zur Biografie und zur Gedankenwelt von Hassells vgl. *Gregor Schöllgen*: Ulrich von Hassell 1881–1944. Ein Konservativer in der Opposition. München 1990, hier S. 140f.

27 Vgl. Goerdelers Äußerung gegenüber Arthur Young am 11.9.1938, dass „das Hitlerregime in den Grundfragen [...] in Deutschland sehr rasch Verhältnisse schaffe, die schlimmer seien als die im kommunistischen Rußland.“ *Young*: X-Dokumente (Anm. 10), S. 83.

28 *Heinemann*: Schulenburg (Anm. 19), S. 72.

29 Etzdorf-Kordt-Denkschrift. In: *Groscurth*: Tagebücher (Anm. 13), S. 501. Zu Etzdorf vgl. *Rainer A. Blasius* (Hrsg.): Hasso von Etzdorf. Ein deutscher Diplomat im 20. Jahrhundert, Zürich 1994.

30 Hassell-Tagebücher (Anm.11), 13.7.1941, S. 258.

kategorische Ablehnung des Bolschewismus auf der einen, Skepsis über die Erfolgsaussichten eines Krieges gegen die Sowjetunion auf der anderen Seite – war kennzeichnend für die Mentalität vieler hoher Militärs, einschließlich einer Reihe von Oppositionellen. Nachdem er einmal begonnen hatte, begriffen auch diejenigen, die zum militärischen Widerstand gegen Hitler gezählt werden müssen, den Krieg gegen die Sowjetunion als „Weltanschauungskrieg“, bei dem, so Schulenburg, „die Auslöschung des Bolschewismus“ der deutschen Führung als „Auftrag des Schicksals“ übertragen worden sei.<sup>31</sup> Auch Hellmuth Stieff, der den Waffengang im Osten als „Krieg der Weltanschauungen“ bezeichnete, hielt Ende August 1941 fest: „Der Verlauf des Feldzuges lehrt aber, dass es die höchste Zeit war, diese ganz Europa bedrohende Gefahr auszuräumen. Ob das einem geschwächten Europa später möglich gewesen wäre, ist durchaus anzuzweifeln. Nicht aber anzuzweifeln ist die Absicht der Sowjets, zu ihnen gegeben erscheinender Zeit die Weltrevolution mit Waffengewalt über das Abendland herüberzutragen.“<sup>32</sup> Anderen wiederum ging es gar um die Abwehr und Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“: ein Wortpaar, das nicht nur unter den radikalen, sondern auch unter den weniger militant nationalsozialistischen Offizieren weit verbreitet war und keineswegs allein in der NS-Ideologie wurzelte. Vielmehr diente das Begriffspaar zur Kennzeichnung jener antislawischen, antisemitischen und antisozialistischen Ressentiments, die sich seit der Niederlage und der Revolution von 1918 in diesen Kreisen gefestigt hatten.<sup>33</sup>

Wie wirkten sich diese mentalen Dispositionen auf das Denken und Handeln der konservativen Oppositionellen innerhalb und außerhalb der Wehrmacht angesichts des rassenideologischen Vernichtungskrieges im Osten aus? Für Hitler und die SS war Polen das erste Objekt des „Weltanschauungskrieges“, für die Wehrmacht hingegen nicht. Das Wirken der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, die zunächst formell der deutschen Militärverwaltung unterstellt waren, führte daher zu zahlreichen Protesten der Wehrmacht. Auch nach der Trennung von Zivil- und Militärverwaltung am 25. Oktober 1939 bezeichnete der Militärbefehlshaber, Generaloberst Johannes Blaskowitz, in mehreren Denkschriften an von Brauchitsch die furchtbaren „Greuelhandlungen der Sicherheitspolizei“ an Juden und polnischen Zivilisten als „unerträgliche Belastung“ für die Wehrmacht: Ihm kam es darauf an, „die Sicherheit und die Ruhe des Landes“ wiederherzustellen und die Entstehung eines Unruheherdes zu verhindern.<sup>34</sup> Es waren vor allem zwei Motive, die Blaskowitz die unverzügliche Einstellung der Verbrechen der Einsatzgruppen verlangen ließen. Zum einen ging

<sup>31</sup> Kriegstagebuch Schulenburgs, 28.8.1941. In: *Heinemann*: Schulenburg (Anm. 19), S. 224.

<sup>32</sup> Hellmuth Stieff an seine Schwester, 29.8.1941. In: *Horst Mühleisen* (Hrsg.): Hellmuth Stieff. Briefe. Berlin 1991, S. 124.

<sup>33</sup> Vgl. dazu die von der Gedankenwelt des Generals Gotthard Heinrici ausgehenden, aber durchaus generalisierbaren Überlegungen von *Johannes Hürter*: „Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg“. Das erste Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges in Dokumenten des Generals Gotthard Heinrici. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 48, 2000, S. 345f.

<sup>34</sup> Die Zitate aus einem Bericht von Blaskowitz vom 27.11.1939, in: *Groscurth*: Tagebücher (Anm. 13), S. 426. Die Konflikte um die Denkschriften von Blaskowitz sind des öfteren behandelt worden: vgl. u.a. *Müller*: Heer und Hitler (Anm.14), S. 437–453; *Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm*: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942. München 1981, S. 80–106; zuletzt *Gerd R. Ueberschär*: Der militärische Widerstand, die antijüdischen Maßnahmen, „Polenmorde“ und NS-Kriegsverbrechen in den ersten Kriegsjahren (1939–1941). In: *Ueberschär*: NS-Verbrechen (Anm.5), S. 30–43, insbesondere 35–38. Zu Blaskowitz siehe die Biografie von *Richard Giziowski*: *The Enigma of General Blaskowitz*. London 1997.



er von der traditionellen militärischen Überlegung aus, dass die Zivilbevölkerung nicht mehr als nötig von den Kampfhandlungen betroffen sein durfte, um Aufstände im Hinterland zu verhindern; zum anderen sorgte er sich über „die maßlose Verrohung und sittliche Verkommenheit, die sich in kürzester Zeit unter wertvollem deutschen Menschenmaterial wie eine Seuche ausbreiten wird“.<sup>35</sup> Bestürzung rief die deutsche Besatzungspolitik auch unter den Oppositionellen hervor. Hellmuth Stieff überkam in der Ruine Warschau Schuldbewusstsein und Scham. Die an den Polen verübten Verbrechen rissen ihn – wie die Pogrome an den Juden in Deutschland am 9. November 1938 – zu dem Ausruf hin: „Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein!“<sup>36</sup> Ulrich von Hassell und seinen Gesprächspartnern Gottfried von Nostitz und Beck, die in Berlin über die Polengreuel sprachen, ging es ähnlich. Während von Hassell die von ihm deutlich benannte „Ausrottungspolitik“<sup>37</sup> gegenüber Polen und den Juden als Wesenszug des NS-Regimes erkannte, traf dies auf in Polen eingesetzte Generale wie Blaskowitz, Wilhelm Ulex und Joachim Lemelsen nicht zu: Sie sahen allein in der Sicherheitspolizei die Verantwortlichen und versuchten daher – vergebens – den Oberbefehlshaber auf ihre Seite im Kampf gegen die SS zu ziehen.

Die Aktivitäten der Verschwörer gingen in zwei Richtungen: Zum einen versuchten Beck und Goerdeler, auch unter Einschaltung des Weltkriegsveteranen August von Mackensen, durch Eingaben an von Brauchitsch dem Treiben der SS ein Ende zu setzen; zum anderen sammelte auf Befehl von Hans Oster Hans von Dohnanyi von der Abwehr Berichte über die Greuelthaten in Polen, um damit den unpolitischen Generalen die Augen für die Verbrechen des Regimes zu öffnen.<sup>38</sup> Am weitesten ging Helmuth Groscurth, der sich Mitte Dezember 1939 an die Westfront begab, um den Stäben der dort aufgestellten drei Heeresgruppen Blaskowitz’ Denkschrift vom 27. November vorzulegen.<sup>39</sup> Die Kunde von den Greueln in Polen erreichte auch andere Offiziere im Westen und trug zu einer Vertrauenskrise zwischen den Stäben an der Front und von Brauchitsch bei. Aus der auch in Berlin deutlich vernehmbaren Unruhe an der Front wurde indes kein zweites Staatsstreichunternehmen, da weder Generalstabschef Halder noch Oberbefehlshaber von Brauchitsch sich dafür hergaben. Die „gewissensfeste Kritik einzelner“ reichte somit zwar aus, um moralische Empörung im Offizierskorps zu verbreiten; sie mündete jedoch nicht „in einen Gewissensaufstand vieler“.<sup>40</sup> Aus nationalem Verantwortungsbewusstsein fanden sich zahlreiche höhere Offiziere bereit, einer Kriegsausweitung und einer drohenden Niederlage durch einen Umsturz zuvorzukommen; die Greuelthaten in Polen verliehen derartigen Planungen zwar einen zusätzlichen Schub, gewannen allein aber keine handlungsbestimmende Kraft.<sup>41</sup>

35 Auszug aus der Denkschrift von Blaskowitz vom 6.2.1940. In: *Gerd R. Ueberschär*: Das Dilemma der deutschen Militäropposition. Berlin 1988, S. 40.

36 Stieff an seine Frau, 21.11.1939. In: *Mühleisen*: Stieff (Anm.32), S. 108. Die Äußerung vom 9.11.1938 ist mündlich überliefert: siehe Einleitung, ebenda, S. 12.

37 Zu den Gesprächen mit von Nostitz und Beck: *Hassell-Tagebücher* (Anm.11), 25.12.1939, S. 152, 14.–17.2.1940, S. 167; das Zitat ebenda, 28.1.1940, S. 158.

38 Vgl. *Müller*: Heer und Hitler (Anm. 14), S. 449; Mackensens Schreiben vom 14.2.1940 ebenda, S. 675; *Gerhard Ritter*: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 4. Aufl. 1984, S. 503; *Romedio Galeazzo Graf von Thun-Hohenstein*: Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition. Berlin 1982, S. 136.

39 *Groscurth*: Tagebücher (Anm. 13), 18.12., 19.12., 21.12.1939, S. 238. Vgl. dazu die Darstellungen von *Harold C. Deutsch*: Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939–1940. München 1969, S. 289f.; *Müller*: Heer und Hitler (Anm. 14), S. 441–443.

40 Zit. nach *Hildebrand*: Das vergangene Reich (Anm. 8), S. 714.

41 So zutreffend *Manfred Messerschmidt*: Motive der militärischen Verschwörer gegen Hitler. In: *Ueberschär*: NS-Verbrechen (Anm. 5), S. 109.

Aufgrund des ausgeprägten Antibolschewismus, den die konservativen Verschwörer gegen Hitler mit weiten Kreisen der preußisch-deutschen Führungsschicht teilten, stand von Hassell mit seiner Bewertung des Russlandfeldzugs – „ein fürchterlicher, sinnloser, unabsehbarer Krieg“<sup>42</sup> – ziemlich allein. Für den ehemaligen Botschafter bedeutete dies dreierlei: Aufgrund von historischen Erfahrungen und aktuellen Berichten über die sowjetische Kampfkraft sah er, erstens, so gut wie keine Chance, den Krieg zu gewinnen; zweitens hatte die militärische Führung durch Zustimmung zum sogenannten „Kommissarbefehl“ und zum „Kriegsgerichtsbarkeitserlaß“ in seinen Augen „das Odium der Mordbrennerei von der bisher allein belasteten SS auf das Heer [...] übertragen“<sup>43</sup>; und drittens verfolgten die Deutschen, indem sie offensichtlich den Krieg nicht gegen den Bolschewismus, sondern gegen die Russen führten, die falsche Strategie. Anders dachten und verhielten sich zahlreiche führende Militärs, die, wie Karl-Heinrich von Stülpnagel, die Beteiligung an Umsturzplanungen durchaus mit dem Konzept des „Vernichtungskrieges“ gegen den „jüdischen Bolschewismus“ in Einklang bringen konnten. Auf dem Vormarsch durch Ostgalizien ordnete Stülpnagel als Oberbefehlshaber der 17. Armee am 30. Juli 1941 an, ungeklärte Sabotagefälle Juden anzulasten; er forderte zudem den „vermehrte[n] Kampf gegen den Bolschewismus und das vor allem in seinem Sinne wirkende Judentum.“<sup>44</sup> Im Unterschied zu Hitler war sein Ziel gewiss nicht die Ausrottung des Judentums. Als Vertreter eines älteren Antisemitismus ging es ihm vielmehr um die Verdrängung der Juden aus ihren gesellschaftlichen Positionen. Nach dem Einfall in die Sowjetunion schrieb er die unmittelbar zuvor verübten Massenmorde des NKWD an politischen Gefangenen jüdischen Funktionären zu: Das Feindbild hatte scheinbar seine grauenhafte Bestätigung gefunden.<sup>45</sup>

Die „Teilidentität der Ziele“ (Manfred Messerschmidt) führender Wehrmachtsoffiziere und Hitlers ließ jedoch auch Oppositionelle, die glaubten, einen „Weltanschauungskrieg“ zu führen, für ein anderes Vorgehen gegenüber der Zivilbevölkerung plädieren. Das Paradebeispiel ist Fritz-Dietlof von der Schulenburg, der von den Deutschen forderte, „unsere antibolschewistischen Grundsätze im Regiment – im Altreich wie in den neuen Gebieten – hervorzuheben: Über allem das Wohl der Gemeinschaft, ja unter der Ausschaltung der Kriegsgewinnler, Beutemacher und Wirtschaftshyänen, aber unter Wahrung der grundsätzlichen Freiheit der Person, des Eigentums, der Meinungs- und Religionsäußerung. Recht statt Willkür! Wir müssen auch im inneren Regiment die Bannerträger gegen den Bolschewismus werden!“<sup>46</sup> Auch den unter deutscher Vorherrschaft stehenden Völkern wollte er begrenzte Autonomie zugestehen, um eine dauerhafte europäische Neuordnung zu erhalten. Der Terror der Einsatzgruppen, den er mit Abscheu registrierte, stand diesem Ziel diametral entgegen. Darin stimmte er vor allem mit den Widerstandskämpfern überein, die das Geschehen

42 Hassell-Tagebücher (Anm. 11), 13.7.1941, S. 258.

43 Ebenda, 15.6.1941, S. 257.

44 Befehl vom 30.7.1941, zit. nach *Krausnick/Wilhelm*: Truppe des Weltanschauungskrieges (Anm. 34), S. 380; das Zitat aus einem Schreiben Stülpnagels an die Heeresgruppe Süd, 12.8.1941. In: *Ueberschär*: NS-Verbrechen (Anm. 5), S. 180.

45 Vgl. *Christian Streit*: Angehörige des militärischen Widerstands und der Genozid an den Juden im Südabschnitt der Ostfront. In: *Ueberschär*: NS-Verbrechen (Anm. 5), S. 93f. Zu den dem deutschen Einmarsch unmittelbar vorangegangenen sowjetischen Massakern an politischen Gefangenen siehe die jüngst erschienene, nicht ganz unproblematische Studie von *Bogdan Musial*: „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen.“ Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941. Berlin 2000.

46 Kriegstagebuch Schulenburgs, 28.8.1941. In: *Heinemann*: Schulenburg (Anm. 19), S. 225.

von Deutschland aus beobachteten und untereinander Nachrichten über die für sie unfasslichen Morde an Juden und Gefangenen sowie die Knechtung der Zivilbevölkerung austauschten.<sup>47</sup> Aber auch eine Reihe jüngerer Offiziere, die Augenzeugen von Massenmorden geworden waren – so etwa Axel von dem Bussche, Rudolf Christoph Freiherr von Gersdorff, Carl-Hans Graf von Hardenberg, Philipp von Boeselager –, stießen insbesondere aufgrund dieser Erlebnisse im Verlauf des Krieges in der Sowjetunion zum militärischen Widerstand.<sup>48</sup> Für Stauffenberg bildeten die deutsche Besatzungspolitik, die unmenschliche Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener und die Judenvernichtung im Frühjahr und Sommer 1942 nachweislich zentrale Motive bei seinem Entschluss, Hitler zu beseitigen.<sup>49</sup> Ähnlich wie zahlreiche Mitverschwörer hielt er es seit Anfang 1942 für zunehmend wichtiger, die Völker der Sowjetunion als Verbündete im Kampf gegen den „Bolschewismus“ zu gewinnen: Das humanitäre Bedürfnis, die Menschen und Völker in der Sowjetunion ‚anständig‘ zu behandeln, war diesem ‚realpolitischen‘ Motiv deutlich untergeordnet.

Doch konnte man die Angehörigen der Militäropposition auch an ihren Taten erkennen? Zeigten sie in ihrem Verhalten, dass sie trotz ihrer antibolschewistischen Zielsetzung den „Vernichtungskrieg“ so, wie er geführt wurde, ablehnten? Die Oppositionellen lassen sich in dieser Hinsicht nicht über einen Kamm scheren. Sieht man einmal von Offizieren wie General Georg Thomas und Generalquartiermeister Eduard Wagner ab, die insofern auf zwei Schultern trugen, als sie den „Vernichtungskrieg“ mitplanten und sich zeitweise dem Widerstand zur Verfügung stellten<sup>50</sup>, blickt man auf ein breites Spektrum von Verhaltensmöglichkeiten. Auf der einen Seite steht hier Karl-Heinrich von Stülpnagel, der im „jüdischen Bolschewismus“ den mit allen Mitteln zu bekämpfenden Gegner sah, nicht aber auf eine systematische Vernichtungspolitik hinarbeitete. Auf der anderen Seite steht mit Helmuth Groscurth der einzige überlieferte Fall eines Offiziers, der Massenmorde nicht nur nach ‚oben‘

47 Siehe dazu die zahlreichen Eintragungen in den Hassell-Tagebüchern (Anm. 11), 18.8.1941, S. 265; 4.10.1941, S. 277; 1.11.1941, S. 280f.; 3.2.1942, S. 299; 26.9.1942, S. 330; 20.12.1942, S. 338f.; 20.4.1943, S. 361. Zur Stellung der konservativen Oppositionellen zur so genannten „Judenfrage“ vgl. zuletzt den sehr abgewogenen Aufsatz von *Hans Mommsen*: Der Widerstand gegen Hitler und die nationalsozialistische Judenverfolgung. In: *ders.*: Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes. München 2000, S. 384–415.

48 Zu von dem Bussche vgl. *Maynhardt Graf von Nayhauss-Cormons*: Zwischen Gehorsam und Gewissen. Richard von Weizsäcker und das Infanterie-Regiment 9. Bergisch-Gladbach 1994, S. 263–268; zu Gersdorff siehe *ders.*: Soldat im Untergang. Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1977, S. 97–99; zu Hardenberg *Horst Mühlisen*: Patrioten im Widerstand. Carl-Hans Graf von Hardenbergs Erlebnisbericht. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41, 1993, S. 427f., und *Klaus Gerbet*: Carl-Hans Graf von Hardenberg 1891–1958. Ein preußischer Konservativer in Deutschland. Berlin 1993, S. 105–107; zu Boeselager *Antonius John*: Philipp von Boeselager. Freiherr, Verschwörer, Demokrat. Bonn 1994, S. 121f.

49 Vgl. die Aussage von Major i. G. Joachim Kuhn vom 2.9.1944, in: *Peter Hoffmann*: Tresckow und Stauffenberg. Ein Zeugnis aus dem Archiv des russischen Geheimdienstes. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.7.1998; außerdem *ders.*: Stauffenberg (Anm. 22), S. 249, 251.

50 Zu Wagner vgl. *Christian Gerlach*: Militärische „Versorgungszwänge“, Besatzungspolitik und Massenverbrechen: Die Rolle des Generalquartiermeisters des Heeres und seiner Dienststellen im Krieg gegen die Sowjetunion. In: *Norbert Frei* u.a. (Hrsg.): Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik. München 2000, S. 175–208; zu Thomas vgl. *Rolf-Dieter Müller*: Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd.4: Der Angriff auf die Sowjetunion. Stuttgart 1983, S. 98–189, insbesondere 125–157.

weitermeldete, sondern auch intervenierte, als ihm am 20. August 1941 berichtet wurde, dass eine Einsatzgruppe bei Bjelaja Zerkow 90 jüdische Kinder erschießen wollte. Groscurth erreichte zunächst einen Aufschub der Aktion. Sein Versuch, dem Wüten der Einsatzgruppen Einhalt zu gebieten, wurde von Generalfeldmarschall Walter von Reichenau als dem dort zuständigen Oberbefehlshaber der 6. Armee vereitelt. Groscurth nahm am 21. August abschließend unter anderem mit folgenden Worten zu der Angelegenheit Stellung: „In vorliegendem Falle sind aber Maßnahmen gegen Frauen und Kinder ergriffen, die sich in nichts unterscheiden von Greueln des Gegners, die fortlaufend der Truppe berichtet werden.“ Reichenau bezeichnete diesen Satz im Anschluss „als unrichtig und im höchsten Maße ungehörig und unzweckmäßig“.<sup>51</sup> Im Polen-Feldzug hatten solche Ereignisse noch zu allgemeiner Unruhe im höheren Offizierskorps und sogar zu Denkschriften des Oberbefehlshabers geführt; im Russlandfeldzug ließ sich die Wehrmacht so stark in den „Vernichtungskrieg“ einbinden, dass eine derartige Kritik nicht nur folgenlos blieb, sondern sogar auf den Kritiker zurückfiel.

Während diese Fälle seit längerem bekannt sind, haben in den vergangenen fünf Jahren massive Vorwürfe des Historikers Christian Gerlach im Hinblick auf das Verhalten der Verschwörergruppe in der Heeresgruppe Mitte um Henning von Tresckow viel Staub aufgewirbelt.<sup>52</sup> Gerlach kommt nach eingehendem Studium der Akten zu dem Ergebnis, diese Offiziere hätten von Massenverbrechen gewusst, nichts zu deren Verhinderung getan und deren Durchführung sogar teilweise unterstützt. Im Wesentlichen handelt es sich um zwei Komplexe: zum einen um das Verhalten angesichts des „Kommissarbefehls“ und des „Kriegsgerichtsbarkeitserlasses“ im Juni 1941 sowie zum anderen um Mitwisserschaft und Mittäterschaft bei Massenverbrechen.

Die „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare“ vom 6. Juni 1941, die am 13. Juni bei der Heeresgruppe eingingen, legten fest, dass alle gefangengenommenen Politoffiziere der Roten Armee und sogenannte zivile Kommissare „nicht als Soldaten anerkannt“ werden sollten und „zu erledigen“ waren.<sup>53</sup> Für Proteste dagegen im Stab der Heeresgruppe Mitte gibt es keine zweifelsfreien Belege; der Befehl wurde, wie in zahlreichen anderen Wehrmachtseinheiten auch, weitergeleitet und ausgeführt.<sup>54</sup> Anders verhielt es sich beim

<sup>51</sup> Vgl. die Dokumente dazu in: *Groscurth: Tagebücher* (Anm. 13), S. 535–542; die Zitate S. 537, 541. Groscurth war daher auch einer der wenigen, der – so die Erinnerung seiner Frau – damals äußerte: „Wir können und dürfen diesen Krieg nicht gewinnen.“ Ebenda, Einleitung, S. 91.

<sup>52</sup> Siehe die Aufsätze Gerlachs in Anm. 5. Vgl. dazu die kritischen Zeitungsartikel von *Günter Gilleßen*: Zeugnisse eines vagbündlerischen Schuldempfindens. Wenig Wissenschaft, viel Collage und Pamphlet. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6.2.1996; *ders.*: Niemand muss an diesen Männern zweifeln. Zur Wehrmachtsausstellung. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 25.1.1998, sowie *Marion Gräfin Dönhoff/Richard v. Weizsäcker*: Wider die Selbstgerechtigkeit der Nachgeborenen. In: *Die Zeit* vom 8.3.1996. Eine erste wissenschaftliche Auseinandersetzung bietet *Winfried Heinemann*: Der Widerstand gegen das NS-Regime und der Krieg an der Ostfront. In: *Militärgeschichte*, NF 8, 1998, S. 49–55 (überarbeitete Fassung unter dem Titel: Kriegführung und militärischer Widerstand im Bereich der Heeresgruppe Mitte an der Ostfront. In: *Ueberschär: NS-Verbrechen* (Anm. 5), S. 77–89).

<sup>53</sup> Der Befehl gedruckt ebenda, S. 167–169.

<sup>54</sup> Die diesem Befund widersprechenden Partien in: *Hildegard v. Kotze* (Hrsg.): *Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Majors Engel*. Stuttgart 1974, S. 102f., 106, sind problematisch; außerdem ist der Text erst nach dem Krieg entstanden. Vgl. dazu zutreffend *Gerlach*: *Hitlergegner* (Anm. 5), S. 65, 72f. Zur Entstehung des „Kriegsgerichtsbarkeitserlasses“ und des „Kommissarbefehls“ vgl. *Helmut Krausnick*: *Kommissarbefehl und „Gerichtsbarkeitserlass Barbarossa“ in neuer Sicht*. In: *Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte* 25, 1977, S. 682–738; zur Durchführung des Befehls S. 733–736.

„Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa‘ und über besondere Maßnahmen der Truppe“ vom 13. Mai. Dieser legitimierte unter anderem das grausame Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung und sicherte Wehrmachtsangehörigen bei dabei begangenen Verbrechen im Wesentlichen Straffreiheit zu.<sup>55</sup> Aufgrund von Protesten von Tresckows und von Gersdorffs stoppte Oberbefehlshaber von Bock am 4. Juni vorerst die Weitergabe des Befehls; er protestierte bei von Brauchitsch, vor allem weil er Disziplin-Probleme bei einer solchen Enthemmung der Truppe befürchtete.<sup>56</sup> Im Anschluss daran arbeitete die Abteilung von Gersdorffs am 12. und 13. Juni „Zusätze“ zum Disziplinarerlass Brauchitschs aus, die sich gegen Verstöße gegen die Truppendisziplin und gegen exzessive kollektive Gewaltmaßnahmen gegen Zivilisten wandten und am 14. Juni an die unterstellten Armeen verschickt wurden.<sup>57</sup> Während die in der Memoirenliteratur weit verbreitete Behauptung, der Kommissarbefehl sei nicht weitergeleitet worden, bei der Heeresgruppe Mitte damit unhaltbar geworden ist, bleibt es dabei, dass die dortigen Widerstandskämpfer – aber auch der nicht zum Widerstand zu rechnende Oberbefehlshaber von Bock – vor Beginn des Feldzugs den Versuch unternahmen, Massenverbrechen gegen die Bevölkerung zu verhindern. Gleichwohl erklärten die „Zusätze“ – in Übereinstimmung mit der grundsätzlichen Befehlslage – Artikel II der Haager Landkriegsordnung über das Recht der Zivilbevölkerung eines überfallenen Landes auf Selbstverteidigung für ungültig.<sup>58</sup>

Während diese Sachverhalte von Gerlach im Wesentlichen nüchtern und distanziert behandelt werden, drängt sich hinsichtlich des zweiten Komplexes bisweilen der Eindruck auf, als habe er nur nach Flecken auf der angeblich so reinen Weste der Verschwörer gesucht, die immer wieder als die Protagonisten des „Aufstands des Gewissens“ genannt werden. Von Tresckow und von Gersdorff nahmen in ihren Funktionen als 1. und 3. Generalstabsoffizier (Ia und Ic) Berichte der Einsatzgruppe B, in denen offen Verbrechen an Juden und anderen angesprochen wurden, zur Kenntnis; sie unterhielten auch enge Kontakte zum Leiter der Einsatzgruppe, Arthur Nebe, der ihnen offensichtlich weismachte, ein entschlossener Gegner des Regimes zu sein und das Morden soweit wie möglich zu sabotieren. Das als „stillschweigende Zustimmung“<sup>59</sup> zu deuten, geht freilich zu weit. Es ist denn auch weniger Mitäterschaft bei antijüdischen Massakern als auf dem weiten Feld der „Partisanenbekämpfung“, die von Tresckow und von Gersdorff vorgeworfen wird. Der Partisanenkrieg war zwar nicht, wie jüngst behauptet worden ist, nur eine Chiffre für den Massenmord an der Zivilbevölkerung und der Juden in den besetzten Gebieten<sup>60</sup>; er wurde auch keineswegs allein von der Wehrmacht geführt, sondern auch von SS- und Polizeitruppen sowie den unter deren Führung stehenden, aus den Völkern der Sowjetunion rekrutierten „landeseigenen Verbänden“. Allerdings war der Partisanenkrieg keine rein militärische Angelegenheit, sondern diente durchaus als Vorwand und Bemäntelung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in der Sowjetunion.<sup>61</sup> Da die Partisanenbekämpfung in die Zuständigkeitsberei-

<sup>55</sup> Gedruckt in: *Ueberschär*: NS-Verbrechen (Anm. 5), S. 163–165. Oberbefehlshaber v. Brauchitsch fügte einen sogenannten „Disziplinarerlaß“ bei: ebenda, S. 165f.

<sup>56</sup> Vgl. *Gerlach*: Hitlergegner (Anm. 5), S. 63; *Generalfeldmarschall Fedor von Bock*: Zwischen Pflicht und Verweigerung. Das Kriegstagebuch. Hrsg. von *Klaus Gerbet*. München/Berlin 1995, 4.6.1941, S. 190.

<sup>57</sup> Vgl. *Gerlach*: Hitlergegner (Anm. 5), S. 64f.

<sup>58</sup> Ebenda, S.64.

<sup>59</sup> *Gerlach*: Kalkulierte Morde (Anm.5), S. 1111.

<sup>60</sup> So *Hannes Heer/Klaus Naumann*: Einleitung. In: *dies.* (Hrsg.): Vernichtungskrieg (Anm.5), S. 30f.

<sup>61</sup> Vgl. dazu vor allem den abgewogenen Beitrag von *Lutz Klinkhammer*: Der Partisanenkrieg der

che der Generalstabsoffiziere von Gersdorff und von Tresckow fiel, konnte dessen Ambivalenz zwischen militärischer Notwendigkeit und Vernichtungspolitik für die beiden Soldaten im Widerstand durchaus zu einem ethisch-moralischen Problem werden. Dem scharfen Blick des Kritikers Gerlach entgeht in diesem Zusammenhang jedoch ein von Gersdorff im September 1941 entworfenen Befehl der Heeresgruppe, mit dem angeordnet wurde, dass nur Freischärler zum Tode verurteilt werden durften und „sich ergebende Partisanen in voller Uniform [...] als Kriegsgefangene zu behandeln“ waren, „sofern ihnen nicht völkerrechtswidrige Handlungen nachgewiesen werden“ konnten.<sup>62</sup> Anders als in anderen Einheiten wurde hier also durchaus ein Versuch unternommen, die Partisanenbekämpfung nicht zum allgemeinen Krieg gegen die Bevölkerung verkommen zu lassen.

Als die Partisanenbewegung – vor allem durch die brutale deutsche Besatzungspolitik – ab 1942 anwuchs und die nun so genannte „Bandenbekämpfung“ verschärft wurde<sup>63</sup>, erhielt nach einer Anweisung Hitlers der erste Generalstabsoffizier – bei der Heeresgruppe Mitte also von Tresckow – die Verantwortung für diesen Aufgabenbereich. Gerlach kann überzeugend nachweisen, dass dieser dabei zwar nur eine Aufsichtsfunktion wahrnahm, aber die zunehmende Brutalisierung der Partisanenbekämpfung, die sich nun auch gegen Angehörige der Partisanen – also Frauen und Kinder – richtete, nicht verhinderte.<sup>64</sup> Ob er sich in diesem Zusammenhang aktiv an der Planung von Repressalmaßnahmen beteiligte oder nur eine Anordnung Hitlers weitergab, geht selbst aus den Darlegungen Gerlachs nicht zweifelsfrei hervor.<sup>65</sup> Während dabei noch mit Winfried Heinemann auf die begrenzten Handlungsmöglichkeiten von Tresckows verwiesen werden kann<sup>66</sup>, verbietet sich dies im folgenden Fall. Ende Juni 1943 verbreitete er den Vorschlag des ebenfalls zur Militäropposition zählenden Georg Freiherr von Boeselager zur Schaffung so genannter „toter Zonen“. Dies bedeutete, dass in „bandengefährdetem Gebiet“ alle einzeln oder in kleinen Trupps herumlaufenden Männer sofort zu erschießen oder gefangenzunehmen waren und aus „bandenverseuchtem Gebiet“ alle Männer „weggeschafft“ werden mussten (bis 50 Jahre durch Zuführung zur Arbeitsinspektion, über 50 Jahre durch Erschießen).<sup>67</sup> Als Fazit bleibt festzuhalten: Die Verschwörer der Heeresgruppe Mitte lehnten einerseits die Erschießung der Juden, der Gefangenen und der Kommissare ab, nicht nur weil sie eine Stärkung des feindlichen Widerstands befürchteten, sondern darin, wie von Gersdorff am 9. Dezember 1941 berichtete, eine „Verletzung der Ehre der Deutschen Armee, in Sonderheit des Deutschen Offizierskorps“

---

Wehrmacht. In: *Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann* (Hrsg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität. München 1999, S. 815–836; außerdem *Timm C. Richter*: Die Wehrmacht und der Partisanenkrieg in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, ebenda, S. 837–857; *Bernd Wegner*: Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 6. Stuttgart 1990, S. 918–926; *Hans Umbreit*: Das unbewältigte Problem. Der Partisanenkrieg im Rücken der Ostfront. In: *Jürgen Förster* (Hrsg.): Stalingrad. Ereignis – Wirkung – Symbol. München 1992, S. 130–150.

<sup>62</sup> *Krausnick/Wilhelm*: Truppe des Weltanschauungskrieges (Anm. 34), S. 257, Anm. 592.

<sup>63</sup> Vgl. *Wegner*: Krieg gegen die Sowjetunion (Anm. 61), S. 918f.

<sup>64</sup> *Gerlach*: Kalkulierte Morde (Anm. 5), S. 1106f.

<sup>65</sup> Gerlach führt als Beispiel die öffentliche Exekution von 100 Partisanenangehörigen als Vergeltung für einen Partisanenüberfall auf die Eisenbahnstation Slawnoje Ende August 1942 an. Hitler persönlich hatte eine Vergeltungsaktion gefordert. Gerlach behauptet zunächst, v. Tresckow sei an der Planung beteiligt gewesen; dann wirft er diesem vor, nichts dagegen unternommen zu haben: ebenda, S. 1108. Vgl. auch *Gerlach*: Männer des 20. Juli (Anm. 5), S. 436.

<sup>66</sup> *Heinemann*: Kriegführung (Anm. 52), S. 85.

<sup>67</sup> *Gerlach*: Kalkulierte Morde (Anm. 5), S. 1028–1030.

sahen<sup>68</sup>; andererseits waren sie nicht in der Lage, sich der zunehmenden Brutalisierung der Kriegführung im Osten zu entziehen, was sich insbesondere auf dem Gebiet der Partisanenbekämpfung äußerte.

Wie ist dieser Befund zu bewerten? Zunächst ist der Unterschied zwischen Polen- und Russlandfeldzug auffällig: Trotz der vergleichsweise populären Stoßrichtung handelte es sich bei ersterem für den nationalkonservativen Widerstand nicht um einen Weltanschauungskrieg; die Wehrmacht war – im Unterschied zum Russlandfeldzug – noch nicht durch verbrecherische Befehle in den „Vernichtungskrieg“ eingebunden. Im Polenfeldzug hatte sich freilich auch gezeigt, dass Proteste gegen Besatzungsverbrechen nichts nützten und auch nicht als Basis für einen Umsturz ausreichten. Mit diesen Erfahrungen und wegen der doppelten Einbindung der Wehrmacht in den Vernichtungskrieg – durch den Antibolschewismus und die verbrecherischen Befehle – war nach 1941 zunächst nicht an einen Umsturz zu denken. Dass auch im Krieg gegen die Sowjetunion die Übereinstimmung zwischen dem nationalkonservativen Widerstand und dem Dritten Reich begrenzt war, zeigen nicht nur die unterschiedlichen, auch taktisch zu deutenden Konzepte für die Besatzungspolitik in der Sowjetunion. Darüber hinaus war trotz aller Kooperation und Verstrickung in die Praxis der Besatzungspolitik auch hier das Vorgehen der Mitglieder der Militäropposition und das der Schergen des NS-Regimes nicht deckungsgleich. Für die antijüdische Vernichtungspolitik im großen Stil brachten die wenigsten Oppositionellen Verständnis auf; die Massenmorde an den Juden bestärkten eine Reihe jüngerer Offiziere vielmehr in ihrer Oppositionshaltung. Anders der Partisanenkrieg, bei dem sich militärische Notwendigkeit und Vorwand für eine brutale Entvölkerungspolitik unheilvoll überschneiden. Es waren also weniger Verbrechen gegen politische Gegner, die von der Militäropposition mitgetragen wurden<sup>69</sup>, sondern vielmehr solche Untaten, die sich aus einer Verabsolutierung der „Bedürfnisse der Truppe“ ergaben<sup>70</sup>: Dies ließ auch Vertreter des militärischen Widerstands die Grenzen einer zivilisierten Kriegführung überschreiten.

### 3. Schlussbetrachtung

Damit stellt sich abschließend die Frage nach dem Bewertungsmaßstab für das Denken und Handeln der nationalkonservativen Opposition im Hinblick auf die Kriegsproblematik. Aus heutiger Sicht ist es erschreckend, dass Männer, die auf einen Sturz Hitlers hinarbeiteten, Massenverbrechen an der Zivilbevölkerung in der Sowjetunion hinnahmen, mittrugen und teilweise sogar förderten. Eine Bewertung, die den Protagonisten des Widerstands gerecht werden will, darf indes nicht bei einer Verurteilung stehen bleiben, sondern muss die Zeitumstände angemessen berücksichtigen. Dazu zählte in der Sowjetunion die „allgemeine Verwilderung“<sup>71</sup>, die das Erscheinungsbild des Krieges prägte und General Gotthard Heinrici, der nicht dem Widerstand angehörte, an die Greuel des Dreißigjährigen Krieges denken ließ. Dies war kein europäischer „Normalkrieg“; die Kennzeichen dieses singulären Waffenganges waren Rücksichtslosigkeit und eine die herkömmlichen Grenzen der Kriegführung überschreitende Brutalität. Es war der ideologisch aufgeladene „totale Krieg“, den die Militärpublizistik seit 20 Jahren herbeigeschrieben hatte. Dieses Kriegsbild war in die Men-

<sup>68</sup> Zit nach. *Krausnick/Wilhelm*: Truppe des Weltanschauungskrieges (Anm. 34), S. 257f.

<sup>69</sup> So *Gerlach*: Kalkulierte Morde (Anm. 5), S. 1120.

<sup>70</sup> Vgl. *Hürter*: Es herrschen Sitten (Anm. 33), S. 356.

<sup>71</sup> *Hassell-Tagebücher* (Anm. 11), 18.8.1941, S. 265.

talität des höheren Offizierskorps eingedrungen, nicht nur aufgrund der nationalsozialistischen Propaganda, sondern auch aufgrund des in diesen Kreisen weit verbreiteten Antibolschewismus mit seinen antislawischen und antijüdischen Ingredienzien.<sup>72</sup> Das ist die Folie, vor der das Denken und Handeln des nationalkonservativen Widerstands im Krieg bewertet werden muss. Die auch hier fast ausschließliche Orientierung am Nationalstaat und der vehement vertretene Antibolschewismus waren die Einfallstore für ein solches Kriegsbild. Anders als für den „Durchschnittsgeneral“ im Osten wurde dies für den militärischen Widerstand jedoch nur bis zu einem bestimmten Grad, von Person zu Person unterschiedlich, handlungsbestimmend. Auch hierin zeigte sich ihr Gewissen, das – auch in seiner nationalen Begrenztheit – notwendige Voraussetzung des Umsturzversuchs war.

---

<sup>72</sup> Vgl. *Hürter*: Es herrschen Sitten (Anm.33), S.387, 359f.